

ARGUMENTATIONSHILFE

**Rente mit Respekt:
Rentenniveau anheben!**

DIE LINKE.

THEMA

RENTE MIT RESPEKT: RENTENNIVEAU ANHEBEN!

Für viele Menschen reicht die Rente nicht zum Leben. 2019 lebten 18,0 Prozent aller Menschen ab 65 in Deutschland unterhalb der EU-weit anerkannten Armutsschwelle von 60 Prozent des mittleren Einkommens (nach Sozialleistungen), also mit weniger als 1.176 Euro pro Monat als Alleinlebende*.

Seit 2001 ist unter Rot-Grün in der Rentenpolitik das Ziel einer Lebensstandardsicherung alleine durch die gesetzliche Rente aufgegeben worden. Die Lücke soll durch freiwillig abgeschlossene Riesterverträge u.ä. geschlossen werden. Dabei haben die privaten Riester-Verträge bis zu zehnmal so hohe Verwaltungs- und Abschlusskosten wie die gesetzliche Rentenversicherung, die angenommenen Renditen sind unrealistisch hoch. Versicherer nehmen mittlerweile sogar von der Beitragsgarantie Abstand. Da ist das Geld im sprichwörtlichen Sparstrumpf tatsächlich besser aufgehoben.

DIE LINKE will das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben, das Niveau vor 2001. Damit sichert die gesetzliche Rente wieder den Lebensstandard im Alter ab. Die bei Riester-Verträgen angesparte Vorsorge soll jede und jeder auf sein Konto bei der gesetzlichen Rentenversicherung überführen können. Zugleich will DIE LINKE die Rentenversicherung in eine echte Erwerbstätigenversicherung umbauen, in die auch Selbstständige, Politiker und Beamte einzahlen. Die LINKEN Vorschläge sind locker finanzierbar. Das zeigt Österreich.

Was sagen die anderen?

Die **CDU/CSU** trifft keine Aussage zum erwünschten Rentenniveau. Sie will eine attraktivere staatlich geförderte Privatvorsorge, ergänzt um eine »Generationenrente« mit Einzahlung von Geburt an mit staatlichem Zuschuss über einen Pensionsfonds. Die **SPD** will das Rentenniveau bei den gegenwärtigen 48 Prozent halten, ebenso **die Grünen**. Die **FDP** will den Nachholfaktor in der Renten Anpassungsformel reaktivieren (= Renten bleiben hinter Löhnen zurück) und eine Altersvorsorge nach Baukastenprinzip: gesetzlich, betrieblich; privat. Die **AfD** will der Überlastung der Beitragszahler durch höheren Steueranteil in der Rentenfinanzierung entgegenwirken.

LINKE Gegenargumente

Alle Mainstream-Parteien irren, dass bei der Rückkehr zur lebensstandardsichernden Rente eine Überforderung der Beitragszahler*innen drohe. Bereits mit einer moderaten Anhebung des Beitragssatzes auf 20,6 Prozent (heute 18,6 Prozent) ließe sich das Rentenniveau von 53 Prozent realisieren. Einen Durchschnittsverdiener würde dies – ebenso wie dessen Chefin – nur rund 34 Euro im Monat kosten. Die Vorschläge der anderen bedeuten, dass auch künftig teure und riskante private Vorsorge erforderlich bleibt, um den Lebensstandard im Alter halten zu können. Rente erst ab 68 hieße für viele »Arbeiten bis zum Umfallen«, denn jeder fünfte Mensch stirbt hierzulande vor seinem 69. Geburtstag.